



**Bundesamt für Justiz**

per Email: [copiur@bj.admin.ch](mailto:copiur@bj.admin.ch)

## **Vernehmlassung zum Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Die SP Schweiz kann die Argumente, die den Bundesrat in seiner Vorlage zu der sehr weitgehenden Auslagerung an die Privatindustrie veranlasst haben, im Grundsatz gut nachvollziehen. Tatsächlich besteht bei einem rein staatlichen Modell – wie es z.B. in Deutschland aufgebaut wurde – die Gefahr immenser Kosten trotz fehlender Anwendung. Auch ist nicht zu verkennen, dass die rasche Verbreitung einer E-ID über die privatwirtschaftlichen Kanäle deutlich besser sichergestellt ist: Postomat-Karten wechseln alle 3 bis 4 Jahre, Halbtax alle 1 bis 3 Jahre und ein Swiss Pass Update holt man sich jedes Jahr, während ein Kontakt mit den Behörden zwecks Identifizierungsangelegenheiten (Pass oder ID) durchschnittlich alle 10 Jahre anfällt.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene fast vollständige Auslagerung der Herausgabe von E-ID an die Privatindustrie geht der SP aber zu weit. Es besteht die Gefahr, dass es den so herausgegebenen E-ID an genügender Legitimation und Akzeptanz mangelt. Zudem dürfte bei mehreren unabhängigen privaten Herausgebern die Interoperabilität der Systeme nur schwer sicherzustellen sein, was letztlich zu Lasten der privaten Nutzer geht.

Sie lehnt die Vorlage deshalb in der vorliegenden Form ab, anerkennt aber ausdrücklich den Handlungsbedarf und bittet den Bundesrat, einen Kompromissvorschlag zwischen einer derart vollständigen Auslagerung und einer rein staatlichen Lösung zu erarbeiten und diesen noch einmal in Vernehmlassung zu geben.

Die SP bevorzugt eine Lösung, bei der die Hauptverantwortung für den Prozess und das technische Design der E-ID stärker als bei der jetzt vom Bundesrat vorgeschlagenen Lösung bei der öffentlichen Hand bleibt, ohne dass deshalb die Privatwirtschaft ausgeschlossen bliebe und deren technisches Know-How und Innovationsfähigkeit nicht berücksichtigt würde.

Denkbar wäre z.B. ein Modell, bei dem der Bund unter seiner Führung eine gemeinsame Trägerschaft mit Kantonen und Gemeinden bildet (z.B. in Form einer spezialrechtlichen Aktiengesellschaft). Diese übernimmt in der Pionierphase die Funktion eines Identitätsdienstleisters und baut die erforderliche IKT-Infrastruktur auf. Die hierfür notwendigen Technologien entwickelt die

Trägerschaft aber nicht selber, sondern beschafft sie auf dem freien Markt. Die öffentliche Hand soll in dieser Variante eine klare Führungsrolle übernehmen und den einzuschlagenden Weg vorzeichnen. Das Modell orientiert sich am Vorgehen grosser Kantone bei der Einführung des elektronischen Patientendossiers. Der Betrieb dieser Trägerschaft soll auf einem selbsttragenden Geschäftsmodell beruhen und damit mittelfristig ohne staatliche Subventionen auskommen. Nach der ersten Pionierphase sollen private Akteure zur Entwicklung von Erweiterungen eingebunden werden.

Eine solche Trägerschaft genösse eine hohe Legitimation und dadurch die herausgegebene E-ID eine grosse Akzeptanz in der Bevölkerung, aber auch bei Handelspartnern im Ausland. Eine solche E-ID-Lösung könnte die Basis für kundenfreundliche Erweiterungen bilden, welche durch Private entwickelt werden. Und last but not least wäre die Gefahr mangelnder Interoperabilität verschiedener Systeme gebannt.

Der SP Schweiz ist bewusst, dass mit einer solchen Lösung für die öffentliche Hand zumindest in der Startphase deutlich höhere Kosten anfallen als bei der vom Bundesrat vorgeschlagenen quasi Komplettauslagerung. Sie hält dies aber in einer Langfristperspektive (die E-ID wird ein absolut zentrales Element in den kommenden Digitalisierungswellen darstellen) für gerechtfertigt. Trotzdem müsste bei einer Neuauflage des Geschäfts, das auf dem vorgeschlagenen Kompromissmodell beruht, gut aufgezeigt werden, wie hoch die Kosten dafür sind resp. in welchen anderen Bereichen sie gegebenenfalls eingespart werden müssten, damit eine Gesamtbeurteilung möglich wird.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat  
Präsident



Carsten Schmidt  
Politischer Fachsekretär